Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 6 (1984)
Heft: 22

Artikel: Nordsee ; Mordsee
Autor: Illmann, Bernd
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653245

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bernd Illmann

Ende Oktober finden in Bremen zwei internationale Konferenzen statt, die sich mit dem Thema „Nordsee" befassen. Die erste wird veranstaltet als Abgrenzung und als Gegenpol zur zweiten: Am 27./28.10. tagt die Aktionskonferenz Nordsee (AKN), durchgeführt von Bürgerinitiativen, Natur- und Umweltschutzverbänden. Am 31.10./1.11. treffen sich die Umweltminister der Nordsee-Anrainerstaaten zur Internationalen Nordsee-Schutzkonferenz (INSK).

Die AKN braucht breite Unterstützung. Sie soll nach dem Willen ihrer Veranstalter ein Tribunal werden, das genau die von der offiziellen INSK als nicht kompromißfähig ausgeklammerten Fragen behandeln will, um so Wege zur Rettung und Erhaltung des Ökosystems Nordsee aufzuzeigen – Wege, die, wenn nötig, auch über die Grenzen hinausgehen, die hier und heute von Produktionsweise, Wirtschaftssystem und Herrschaftsverhältnissen gezogen sind.

Die Internationale Nordsee-Schutzkonferenz

In Umweltschützerkreisen ist von *„programmierter Ergebnislosigkeit"* die Rede und von *„typisch euorpäischem Konferenzstil: Kompromisse um jeden Preis – selbst um den Preis der Erfolglosigkeit"*. Worum geht es?

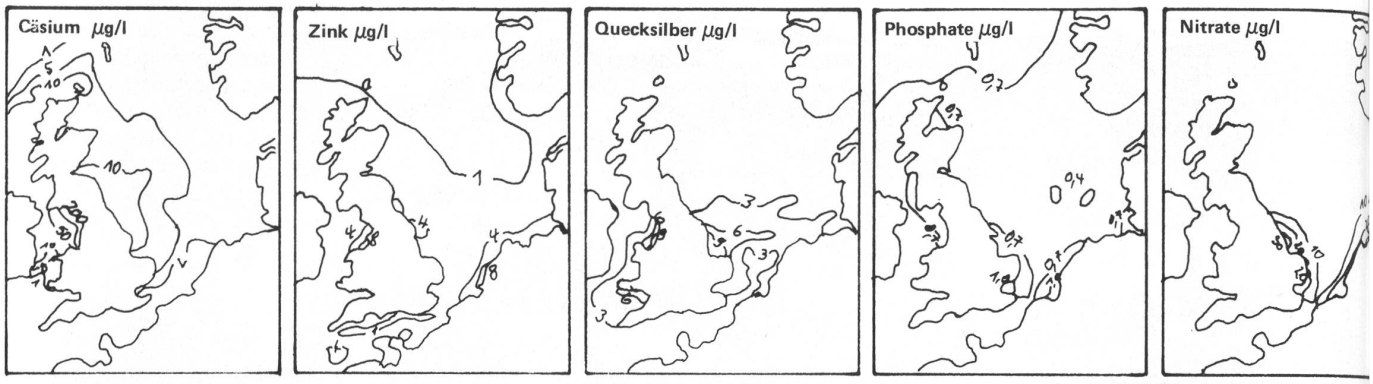
Die Idee stammt noch vom Innenminister der Vor-Wende-Zeit, Gerhart Baum: Alle Umweltressortchefs der Nordsee-Anrainerstaaten an einen Tisch zu holen, um über die brennenden Fragen des Themenkomplexes Nordsee zumindest einmal zu reden. Die Vorbereitung ist zur Baum-Ära in einem so frühen Stadium steckengeblieben, daß man dem sozialliberalen Innenminister irgendwelche Hintergedanken nicht wird nachweisen können, obwohl dergleichen auch für die damaligen politischen Verhältnisse durchaus nicht auszuschließen ist.

Klarheit geschaffen hat erst der Amtsnachfolger aus dem Bayrischen Wald mit Namen Zimmermann. Er hängte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die umweltschützerische Axt aus dem Fenster, und mit der gleichen Verve, mit der er mit vielen Worten und wenig Konsequenz an Waldsterben und bleifreie Autos heranging, packte er auch das Thema Nordsee beim Schopfe. Er realisierte den Baumschen Plan der großen gemeinsamen Konferenz – aber er initiierte auch eine Planung, die an Hinterhältigkeit nur schwer zu überbieten sein dürfte.

Auf einer Besprechung der Staatssekretäre der beteiligten Umweltminister wurde im Dezember 1983 eine Tagesordnung für die INSK zusammengezimmert, die sich sehen lassen kann – als ein seltenes Beispiel von taktischem Geschick: Geredet werden soll auf der INSK nur über Themen, die gemeinsame ökonomische und politische Interessen berühren. Schwerpunkte werden Probleme der Schiffahrt und der Ölsuche sein – Aktivitäten, die jeder der beteiligten Staaten in des anderen Gewässer, vor des anderen Küste betreiben möchte, wo demzufolge also zwischenstaatliche Regelungen zur profitableren Nutzung und Ressourcenausbeutung sinnvoll sind. Weitere Beratungsthemen sind die Anhänge III bis V des MARPOL-Abkommens (Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe), die Reduzierung des Schadstoffeintrags über Flüsse, Küstengewässer und Atmosphäre, die Abfallbeseitigung auf See sowie Meß- und Überwachungsprogramme.

Mit dieser inhaltlich eng begrenzten Tagesordnung handelten sich die INSK-Planer von Wissenschaftlern und Umweltschützern prompt den Vorwurf ein, nicht den Schutz der Nordsee betreiben zu wollen, sondern die Effektivierung ihrer ökonomischen Ausbeutung und Nutzung. Denn auch die über „Schifffahrt und Ölsuche" hinausgehenden Themen bedeuten ausschließlich Symptomkuriererei: Geredet werden soll über die quantitative Verringerung einzelner Verschmutzungsformen, nicht über deren Ursachen. Schließlich können auch die weiteren Formen wirtschaftlicher Nutzung – man denke beispielsweise an Fischerei oder Tourismus – durchaus eine etwas weniger verschmutzte Nordsee gut gebrauchen; um Regenerierung oder Erhaltung des natürlichen Zustandes braucht es den INSK-Ministern nicht zu gehen – die Nordsee hat ja schon allerhand verkraftet und war trotzdem nutzbar, wozu also der Aufwand, mag sich der ökonomisch denkende Ministerialbürokrat denken.

Zudem: Jedes weitere Diskussionsthema hätte entweder gegensätzliche nationale Interessen oder gar die Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Systems berühren müssen. Man kann sich nicht – beispielsweise – über Industrieansiedlungen unterhalten, wenn jedes Teilnehmerland der INSK bemüht ist, möglichst breite Küstenstriche als Ansiedlungsfläche zu betonieren (und infrastrukturell anzubinden), um eventuelle Ansiedlungsinteressenten dem Nachbarstaat abwerben, abjagen zu können. Und man kann sich nicht über umweltschädliche Produktionsformen als Ursache von Schadstoffemissionen unterhalten, wenn man weiterhin an der „freien Marktwirtschaft" festhalten will.



Quelle: The Times Atlas of the Oceans

Beim Katalog der unterschiedlichen nationalen Interessen darf eines nicht unerwähnt bleiben: der schon früh sich abzeichnende Disput mit den grundsätzlich gegensätzlichen Interessen der – wie könnte es in Europa anders sein – britischen Teilnehmer. Nach Angaben deutscher INSK-Planer sind die Londoner Vertreter unter anderem der Auffassung, eine Entsorgung oder Abfallbeseitigung in die Nordsee sei nur dann eine Verschmutzung, wenn sie nachweislich und nachhaltig die Umwelt schädige. Dementsprechend plädieren die Briten dafür – und das ist inzwischen beschlossener Kompromiß –, daß das Immissionsprinzip und die Verankerung von Umweltqualitätszielen (environmental quality approach) **gleichrangig** mit dem von Deutschen und Skandinaviern favorisierten Emissionsprinzip zur INSK-Grundlage deklariert werden. Wie diese Gleichrangigkeit in der politischen Praxis funktionieren soll, bleibt vorerst das Geheimnis der INSK-Planer. Last, not least: Die Briten weigern sich, die Nordsee wegen ihrer regionalen Besonderheiten als Gesamtheit zu sehen. Dagegen steht die – wiederum deutsche wie skandinavische – Sichtweise, trotz dieser Besonderheiten, nämlich wegen der ökologischen Verflechtungen von eben dieser Gesamtheit auszugehen. Auch hier soll auf der INSK das Nebeneinander der an sich unversöhnlichen Standpunkte festgeschrieben werden – fragt sich nur: Wie?

Man darf mit Spannung abwarten, was die diversen Vorbereitungskonferenzen noch an Überraschungen und an Zurückschrauben ehemals brauchbarer Ansätze bringen werden. Acht Arbeitsgruppen haben sich mit Einzelthemen befaßt, eine kleine Expertenkommission hat Ende Juli die Gruppenergebnisse zusammengefaßt, Mitte September werden die Staatssekretäre in Wilhelmshaven aus dem Experten-Extrakt die Konferenzvorlage filtern. Was übrig bleibt und von der INSK abgesegnet wird, dürfte – wie eingangs angedeutet – die Bezeichnung „Ergebnis" kaum noch verdienen, jedenfalls nicht im Hinblick auf die Rettung der Nordsee.

Die Aktionskonferenz Nordsee

Mit allen, die in der Vergangenheit für diese Rettung der Nordsee gearbeitet haben, scheint Friedrich Zimmermann – vorsichtig formuliert – keine ganz glückliche Hand zu haben. Über die Wissenschaftler, zumindest die engagierten unter ihnen, wird an späterer Stelle noch zu reden sein; und mit den Bürgerinitiativen, Umwelt- und Naturschutzverbänden plante (und plant) er ein recht eigenwilliges Spielchen, von dem sich die Initiativen und Verbände aber bisher konsequent abgesetzt haben.

Die Bürgerinitiativen mied er, die Verbände hat er versucht einzubinden. Dabei allerdings unterlief ihm ein taktisches Mißgeschick: In einer Besprechung im Bundesinnenministerium (BMI) wurde geladenen (= ausgewählten) Verbandsvertretern im November eröffnet, die INSK-Planer seien nicht an *„Forderungen, sondern lediglich an Vorschlägen"* der Verbände interessiert; und zwar an Vorschlägen, die sich im Rahmen des *„finanziell und politisch Machbaren"* bewegen. Zudem sollten die Verbände dies alles nur vorab einreichen, nicht aber bei der INSK selbst präsentieren und vertreten dürfen. Die Verbände-Vertreter fühlten sich verkohlt – und gingen eigene Wege. Im Januar wurde in Bremen beschlossen, gemeinsam mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und den regionalen BIs, die AKN als eigenständige Veranstaltung der Ministerkonferenz entgegenzustellen.

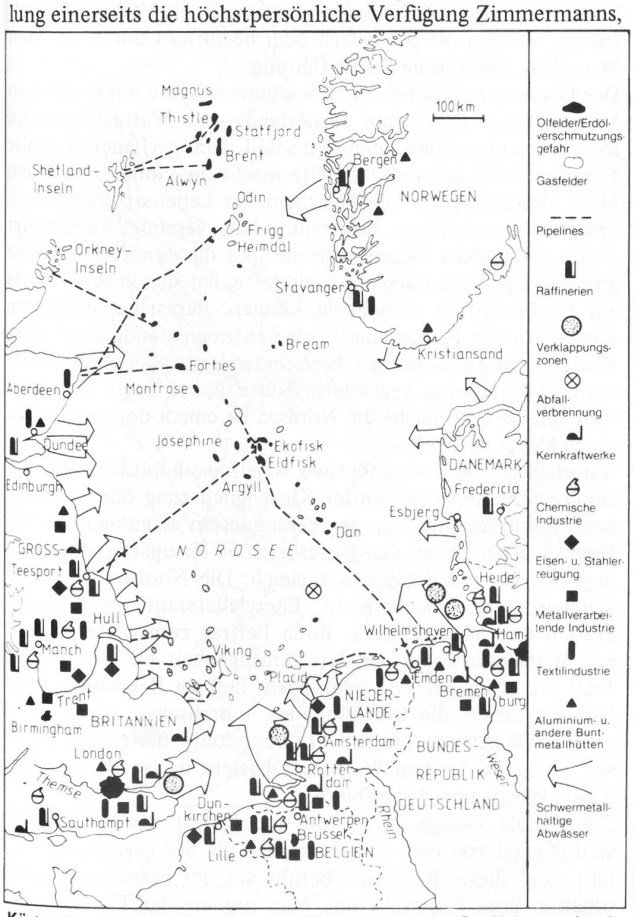
Ein zehnköpfiger Koordinationsausschuß ist seither mit der Vorbereitung befaßt. Inhaltlich will sich die AKN konsequenterweise vor allem mit den Themen beschäftigen, die bei der INSK ausgeklammert oder unangemessen berücksichtigt werden. Von Industrieansiedlung und Hafenbau soll bei der AKN die Rede sein, von Schadstoffproduktion und -„beseitigung", von umweltschädlicher Produktion und möglichen Alternativen dazu, von Auswirkungen und Wechselwirkungen produzierter Stoffe und Schadstoffe. Es soll diskutiert werden über die Ausbeutung nichtlebender Ressourcen, über Landgewinnung durch Küsten-„Schutz", über den Schutz gefährdeter Küstenregionen, über Fischerei, vor allem Küstenfischerei, über Tourismus. Eine eigene Arbeitsgruppe schließlich wird sich mit den Vollzugsdefiziten und weiterreichenden Forderungen beschäftigen.

Für Mobilisierung wird bereits seit Monaten gesorgt, zumindest im Bereich Norddeutschland: Bei mehreren Aktionen in Sachen Umweltschutz ist bereits für die AKN geworben worden, die jeweils tragenden Verbände und Gruppen haben entweder intensiv auf die bevorstehende AKN hingewiesen oder gar sich selbst und ihren Namen dem Projekt AKN untergeordnet. So bei der Fischerblockade Ende Februar vor Kronos Titan Nordenham, so Ende Mai in Emden in Sachen „Dollarthafen", so bei der Großen Weser-Abflußfahrt von „Robin Wood", so beim Altenwerder Fischerfest, beides Mitte Juni. Und auch der Internationale Wattenmeertag Ende August wird unter anderem der Werbung für die AKN dienen.

Für die Arbeitsgruppen selbst will der Koordinationsausschuß ein umfangreiches Spektrum an qualifizierter Unterstützung organisieren. Seit April bereits werden Kontakte zu Verbänden und Wissenschaftlern aus den anderen Nordsee-Anrainerstaaten geknüpft; mit einer „Wissenschaftlichen Nordseeschutz-Konferenz" im Juni in Bremerhaven wurden die Grundlagen gelegt, sich die Mitarbeit namhafter Experten zu sichern; und ob der Versuch, auch die Kollegen aus den Gewerkschaften zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen, von Erfolg gekrönt sein wird, war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht absehbar.

In vielerlei Hinsicht ist die AKN als einzigartig zu bezeichnen: Einmalig ist bisher das Bündnis traditioneller Natur- und Umweltschutzverbände mit den Bürgerinitiativen, einmalig ist der konzentrierte Versuch, sich „hochkarätige" Wissenschaftler

zur Unterstützung heranzuholen, einmalig ist auch das erwähnte (und im nachfolgenden erläuterte) Kooperationsangebot an die DGB-Gewerkschaften. Bislang einmalig ist schließlich die oben beschriebene inhaltliche Ausrichtung der AKN, die das Thema „Rettung der Nordsee" nicht mehr über tote Vögel, kranke Fische, aussterbende Seehunde und andere ans Gefühl gehende Symptome anpackt, sondern die an die Ursachen zu gehen versucht, an die Produktionsweise und ihre Folgen, an das Wirtschaftssystem überhaupt und an seine Wachstumsideologie samt rücksichtsloser Erschließungs- und Ansiedlungspolitik.
Kein Wunder, daß Regierung und Behörden in dem Maße, wie Einzelheiten der AKN-Planung zu Tage treten, nervös werden. Ausdruck dieser Nervosität sind beispielsweise die Versuche, Wissenschaftler einseitig und teilweise repressiv auf Unterstützung ausschließlich der INSK festzunageln: Vom Deutschen Hydrographischen Institut ist ein entsprechender Brief bekanntgeworden, der hier und da auch zu repressiven Maßnahmen einzelner Institutsleitungen geführt hat. Ausdruck der Nervosität sind auch die ständigen Angebote an traditionelle Verbände und an Experten, doch noch am Rande der INSK mitagieren zu dürfen: bei einer Ausstellung im Bremer Rathaus beispielsweise, oder bei einer INSK-begleitenden Vortragsreihe im Bremer Übersee-Museum (mit administrativ vorab festgelegten Themen, versteht sich). Schließlich gehört in diese Aufzählung einerseits die höchstpersönliche Verfügung Zimmermanns,



Küstenstandorte der Industrie, Raffinerien und der Stoffeintrag durch die großen Flüsse Elbe, Weser, Rhein und Themse sind die wichtigsten Quellen für die küstennahe Verschmutzung der Nordsee. Dadurch wird besonders das Wattenmeer betroffen, das als Nahrungsmittelreservoir und Kinderstube für viele Tierarten unersetzlich ist.
Aber auch die Hohe Nordsee bleibt nicht verschont. Ablassen ölhaltigen Wassers von Schiffen, Öl- und Gasgewinnung und atmosphärischer Eintrag schaffen in der Mitte der Nordsee wieder einen hochbelasteten Bereich. Dadurch sind auch wichtige Fischgründe gefährdet.
Quelle: Geographie und Schule, 29/1984

der AKN solle vom Umweltbundesamt ein Förderbetrag von immerhin 15.000 Mark zur Verfügung gestellt werden, andererseits die (bisher) fehlende Bereitschaft des Ministers, mit AKN-Repräsentanten direkt in Kontakt zu treten. Mitte Juni sollten die Verbände ihre „Vorschläge" abliefern, statt dessen beauftragten sie den Koordinationsausschuß mit der Übergabe eines „Forderungskataloges", jedoch Herr Zimmermann ließ den schon vereinbarten Termin kurzfristig verschieben.

Aus dem Rundbrief an die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften

(. . .) Seit es eine aktive Umweltschutz-Bewegung gibt, gibt es auch Konflikte mit der Gewerkschaftsbewegung. Obwohl der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seit zehn Jahren über ein Umweltschutzprogramm verfügt, dessen Aussagen und Forderungen auch aus der Sicht der Naturschützer von heute als richtungweisend bezeichnet werden müssen, ist die politische Praxis sowohl des DGB als auch seiner Einzelgewerkschaften oft alles andere als umweltschützend. Im Gegenteil: Wo Staat und Unternehmer mit neuen Arbeitsplätzen „winken", sind, gerade in strukturschwachen Gebieten mit hohen Arbeitslosenzahlen bzw. in strukturschwachen Branchen, die zuständigen Gewerkschaften allzuleicht bereit, Umweltschutzaspekte dem kurzfristigen Erfolg bei der Arbeitsplatzbeschaffung unterzuordnen.
Andererseits müssen sich die Bürgerinitiativen und Verbände seitens der gewerkschaftlich organisierten Kollegen den Vorwurf gefallen lassen, daß die von ihnen betriebene Umweltschutzpolitik oftmals den Interessen der Arbeitnehmer zuwiderläuft (. . .).
Wir, die Veranstalter der AKN, sind der Auffassung, daß dies anders werden muß. Ein Andauern des Zwistes zwischen Umweltschützern und Gewerkschaften nützt doch nur denen, die – auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten und auf Kosten einer natürlichen Umwelt – auf der Jagd nach Profiten sind, und denen, die dafür die politischen Wasserträger spielen. Spaltung zwischen möglichen Bündnispartnern war schon immer ein beliebtes Mittel, Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten – es ist unsere Sache, solchen Manövern zu begegnen und das Bündnis zu suchen und zu festigen.
Wir wollen bei der Aktionskonferenz Nordsee die organisierte Zusammenarbeit zwischen Umweltschützern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern zumindest einmal ausprobieren. Wir meinen, daß diese Kooperation eine langfristige Perspektive haben muß – und haben kann. Wir appellieren deshalb an alle Mitglieder und Funktionäre des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, an alle Vertrauensleute und Betriebsräte:
- Informiert Euch – anhand des hier beigefügten Materials – über die Aktionskonferenz Nordsee.
- Fordert bei Bedarf weitere Informationen an, oder – besser noch – nehmt Kontakt auf zum Koordinationsausschuß, wir stehen für Gespräche gerne zur Verfügung.
- Beratet in Euren jeweiligen Strukturen über Möglichkeiten einer aktiven Unterstützung der Aktionskonferenz Nordsee.

(. . .) Gerade vor dem aktuellen Hintergrund des Hamburger Dioxin-Boehringer-Falles gewinnt die alte Forderung der Initiativen und Verbände nach Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestehende wie künftige Industrieanlagen und Produktionsverfahren neue Bedeutung. Und wo von Umweltverträglichkeit die Rede ist, muß auch von der „Sozialverträglichkeit der Umweltverträglichkeit" die Rede sein.
Ihr könnt nicht die Struktur der industriellen Produktion und der Arbeitswelt verändern, ohne die Auswirkungen auf die natürlichen Ökosysteme und auf die Umwelt, in der wir alle leben, zu berücksichtigen – wir meinen, daß wir Euch dabei mit unserer Sachkenntnis helfen können.
Wir können nicht Maßnahmen zur Gesundung und Erhaltung unserer Umwelt fordern und ihre Zerstörer bekämpfen, ohne uns jeweils mit den Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen und ihre Familien zu befassen. Dafür brauchen wir Eure Hilfe.
Gemeinsam erreichen wir mehr.

Verunsicherungsversuche einerseits, Spaltungsmanöver andererseits – das Bundesinnenministerium und die behördlichen INSK-Planer scheinen die Aktionskonferenz Nordsee ernsthaft zu fürchten. Wissenschaftler und Gewerkschafter, die den Umweltschutz ernst nehmen, können dagegen nur ihre offene und aktive Unterstützung für die AKN setzen. Genau dazu rufen wir an dieser Stelle auf. Δ